



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

LINKSEXTREMISMUS

Ideologien Akteure Aktionsfelder



Mainz, Januar 2021

1. Auflage

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers
Ministerium des Innern und für Sport

Vorwort

In den vergangenen fast 20 Jahren haben der Rechtsextremismus und der Islamismus die Sicherheitsbehörden auf dem Gebiet der Extremismus-Bekämpfung zweifelsohne am stärksten gefordert. Die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der Anschlag eines islamistischen Attentäters auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche, der zwölf Menschen das Leben kostete, und die rechtsextremistisch motivierten Anschläge von Halle, Hana und Wolfhagen-Istha 2019 und 2020 erschütterten Politik wie Gesellschaft.

Wenngleich der Linksextremismus demgegenüber lange Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung kaum mehr eine Rolle spielte, blieb er doch stets im Blickfeld des Verfassungsschutzes – und dies aus guten Gründen. Das linksextremistische Personenpotenzial ist in den zurückliegenden Jahren bundesweit gewachsen. Nicht zuletzt die Ereignisse rund um den G 20-Gipfel in Hamburg 2017 und die bis heute fortwährenden Gewaltexzesse von Linksextremisten gegen Polizeikräfte in Berlin und im Leipziger Stadtteil Connewitz zeigen die ernstzunehmenden Gefahren für die Innere Sicherheit auf, die insbesondere von gewaltorientierten Linksextremisten ausgehen. Dabei steht außer Frage: Für Gewalt gegen Menschen – aber auch gegen Sachen – gibt es in einem demokratischen Rechtsstaat weder eine politische noch eine moralische Rechtfertigung, gleichgültig, auf welcher Weltanschauung sich das Tun gründet.

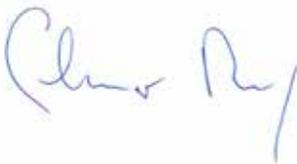
Obwohl der Linksextremismus nach wie vor zwar keine Bedrohung für die Stabilität des politischen Systems und der Gesellschaft insgesamt darstellt, muss man sich mit ihm weiterhin offensiv auseinandersetzen. Eine streitbare Demokratie, wie das Grundgesetz sie für die Bundesrepublik Deutschland normiert, darf den Feinden der offenen Gesellschaft keinen Raum lassen, freiheits- und demokratiefeindliche Überzeugungen in die Tat umzusetzen.

Dies zu betonen, ist gerade mit Blick auf junge Menschen wichtig. Attraktivität und Verführungskraft linksextremer Ideen beruhen nämlich nicht zuletzt auf dem Versprechen einer „idealen Welt“ ohne Unterdrückung und Ausbeutung.

Solche vermeintlich hehren Ziele bringen insbesondere Zulauf von idealistisch eingestellten jungen Menschen, für die der Protest zum Teil ein identitätsstiftendes Lebensgefühl ist. Die historische Realität ist hingegen ernüchternd. Im Namen des realen Sozialismus und Kommunismus herrschte Unfreiheit und es wurden mörderische Verbrechen begangen.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung können Linksextremisten nur dann gefährden, wenn ihren demokratiefeindlichen Auffassungen und Verhaltensweisen nicht deutlich widersprochen und entschieden begegnet wird. Voraussetzung hierfür sind fundierte Informationen.

Die vorliegende Broschüre erklärt die ideologischen Hintergründe des Linksextremismus und beschreibt, wie er sich in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in Rheinland-Pfalz zeigt. Sie soll eine fundierte, verständliche und aufschlussreiche Lektüre zum Themenfeld bieten. Ich freue mich, wenn sie interessierte Leserinnen und Leser findet.



Elmar May
Leiter Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz

1. Ideologische Grundlagen	7
1.1 Marxismus	9
1.2 Marxismus-Leninismus	12
1.3 Trotzismus	13
1.4 Stalinismus	14
1.5 Maoismus	15
1.6 Anarchismus	16
2. Linksextremismus als Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	17
3. Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland	21
3.1 Aktuelle Aktionsfelder der Linksextremisten	25
3.2 Das Internet als Medium für Linksextremisten	30
3.3 Gewaltorientierte Gruppierungen und Strukturen	33
3.4 Nicht gewaltorientierte dogmatische und sonstige Linksextremisten	36
4. Das linksextremistische Spektrum in Rheinland-Pfalz	41
4.1 Linksextremistische Gruppierungen und Organisationen	44
4.1.1 Gewaltorientierter Linksextremismus	44
4.1.2 Dogmatische Linksextremisten und sonstige Gruppierungen	47
4.2 Aktionsfelder rheinland-pfälzischer Linksextremisten	49
4.3 Linksextremistische Straf- und Gewalttaten in Rheinland-Pfalz	51
4.4 Künftige Entwicklung des Linksextremismus in Rheinland-Pfalz	52
Anhang	55
Linksextremistische Symbolik	56
Stichwortverzeichnis	59

1. Ideologische Grundlagen

Die Ideen und Überzeugungen – später Ideologien –, derer sich Linksextremisten noch heute bedienen, haben eine lange Geschichte. Sie sind eng mit der Frage verknüpft, wie eine gerechte, ideale Gesellschaftsordnung aussehen soll. Die Utopie einer solchen idealen Gesellschaft ist fast so alt wie die Menschheit selbst. Dabei war und ist nicht zuletzt die Frage des Besitzes ein Dreh- und Angelpunkt. „*Eigentum ist Diebstahl*“, formulierte 1840 der französische Ökonom, Soziologe und Anarchist Pierre-Joseph Proudhon mit spitzer Feder. Die Idee, soziale Unterschiede durch die Schaffung von Gemeineigentum aufzulösen, treibt Menschen seit frühesten Zeiten um. Bereits in der griechischen Philosophie der vorchristlichen Antike finden sich solche gedanklichen Ansätze. Der Begriff Sozialismus (von lateinisch *socialis* – „gemeinschaftlich“), wenngleich er auf unterschiedliche Weise definiert wird, wurde im 19. Jahrhundert zum Synonym für dieses Streben.

Utopischer Sozialismus und Frühsozialismus

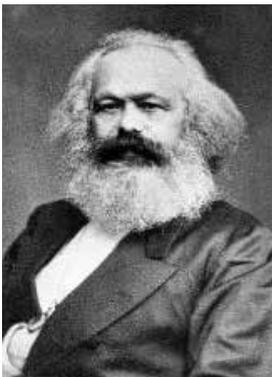
Die ideengeschichtlichen Wurzeln des Sozialismus liegen in der frühen Neuzeit. Im 16. Jahrhundert begann die Phase des utopischen Sozialismus oder Frühsozialismus, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts währte. Zu den Urvätern des utopischen Sozialismus zählen insbesondere der englische Humanist Thomas Morus (1478 bis 1535) und der italienische Denker Tommaso Campanella (1568 bis 1639). Morus skizzierte 1516 in seinem Buch „Utopia“ („Das goldene Buch über die beste Staatsordnung und über die neue Insel Utopia“) ein Gegenbild zu den damaligen feudalistischen Herrschaftsstrukturen. Charakteristisch waren seine Vorstellungen von einer Welt ohne Privateigentum, Armut und Luxus, die es allen ermöglicht, ihre geistigen und materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Campanella schuf 1602 in seinem Buch „La città del Sole“ („Der Sonnenstaat“) eine ähnliche Utopie des „idealen“, kollektivistischen Gemeinwesens ohne Privateigentum.

Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert nahm der utopische Sozialismus Schritt für Schritt Konturen einer politischen Theorie an. Aus einer fiktionalen Betrachtung entwickelte sich eine politische Strömung entlang der veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten des neuen Industriezeitalters, in dem

sich die sozialen Gegensätze verschärften. Frühsozialisten begannen, sich politisch zu organisieren. Namhafte Theoretiker dieser Periode wirkten vor allem im postrevolutionären Frankreich und in England. Der französische Journalist und Agitator François Noël Babeuf (1760 bis 1797) widmete sich dabei als einer der ersten der sozialrevolutionären Frage. Der englische Unternehmer Robert Owen (1771 bis 1858) begründete ein Fabrikssystem mit gleichberechtigten Arbeitern und sozialen Leistungen. Der französische Gesellschaftstheoretiker Charles Fourier (1772 bis 1837) gründete seine Idee eines genossenschaftlichen Gesellschaftsmodells auf selbstverwalteten territorialen Organisationseinheiten.

Von den fiktionalen Vorstellungen der frühen Sozialisten zur Hochideologie¹ war es nur ein kleiner Schritt. Der Trierer Karl Marx (1818 bis 1883) und der im Nordrheinwestfälischen Barmen geborene Friedrich Engels (1820 bis 1895) begründeten Mitte des 19. Jahrhunderts den wissenschaftlichen Sozialismus, der auch Marxismus genannt wird, wiewohl Karl Marx und Friedrich Engels selbst den Begriff ablehnten.

1.1 Marxismus



Karl Marx. © Wikimedia Commons

Die ideologische Grundlage für das Denken und Handeln vieler Linksextremisten ist der Marxismus. Er ist ein Sammelbegriff für verschiedene Theorieansätze und Politikinhalte, die auf die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels zurückgehen. Im Zentrum des Marxismus steht die Annahme, dass das gesamte politische, geistige und kulturelle Leben einer Gesellschaft durch die ökonomischen Strukturen und Verhältnisse bestimmt wird.

Die marxistische Lehre versteht sich zugleich als wissenschaftliche Theorie und praktisch-politische Hand-

¹ Der Politologe Kurt Lenk typisierte den Sozialismus als Rechtfertigungsideologie, die gesellschaftliche Umstände auf einer rationalen Grundlage darzustellen versucht, und ordnete ihn als „Hochideologie“ des 19. Jahrhunderts neben dem Nationalismus und Liberalismus ein.

lungsanleitung. Sie geht davon aus, dass die Menschheitsgeschichte und gesellschaftliche Entwicklung nach Gesetzmäßigkeiten verlaufen. Dabei ist die Geschichte für Marx und Engels eine Geschichte von Klassenkämpfen. Endziel der Geschichte ist nach ihrer Überzeugung die klassenlose Gesellschaft, die nur durch eine Revolution und Überwindung der Klassenunterschiede erreicht werden kann.

Kommunismus und Sozialismus nach Karl Marx

Kommunismus und Sozialismus sind zwei zentrale Begriffe der marxistischen Geschichtsphilosophie, des historischen Materialismus (auch: Histomat). Demnach bildet der Kommunismus den Endzustand der zwangsläufigen geschichtlichen Entwicklung. Er wird beschrieben als eine Überflussgesellschaft, in der sich die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen etc.) im Gemeinschaftseigentum befinden, in der Arbeitsteilung, Leistungsdruck und der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit aufgehoben sind und die Arbeit kein Zwang, sondern ein Bedürfnis ist. Außerdem erfolgt im Kommunismus die Produktion aufgrund unmittelbarer gesellschaftlicher Absprachen in und zwischen sogenannten Produktionsassoziationen² in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Die Konsumgüter werden entsprechend den individuellen Bedürfnissen verteilt (Karl Marx: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“).

Der Sozialismus wird dagegen als eine den Kommunismus, die klassen- und herrschaftslose Gesellschaft, vorbereitende Übergangsphase nach der revolutionären Beseitigung des Kapitalismus aufgefasst.

Diktatur des Proletariats

Der Marxismus ist als Antwort auf die im Zuge der Industrialisierung und der industriellen Revolution aufgekommene Soziale Frage³ im 19. Jahrhundert ent-

2 Vereinigungen bzw. Genossenschaften freier Produzenten.

3 Der Begriff „Soziale Frage“ bezeichnet die sozialen Probleme, die es in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Folge der industriellen Revolution gegeben hat. Aufgrund der rasanten technischen Entwicklungen wie der Dampfmaschine entstanden immer mehr Fabriken. Die verarmte Landbevölkerung drängte in die Städte, um dort Arbeit zu finden. Doch es gab nicht genug Arbeitsplätze für die vielen Menschen. Und für diejenigen, die Arbeit fanden, waren die Bedingungen in den Fabriken und Bergwerken oft katastrophal und die Löhne sehr niedrig. Die Folge war, dass viele Industriearbeiter wie auch Handwerker und Händler immer größere Not litten und verelendeten.

standen. Ausgehend von dieser historischen Situation tragen dem Marxismus zufolge vor allem die Widersprüche, die sich aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit ergeben, dazu bei, den Kapitalismus zu überwinden. Dieser bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der das private Eigentum an den Produktionsmitteln wie Fabrikhallen, Maschinen und Anlagen, das Prinzip der Gewinnmaximierung und die Steuerung der Wirtschaft über den Markt typisch sind.

In der kapitalistischen Gesellschaft stehen sich die ausbeutende Klasse der bürgerlichen Kapitalisten, die Eigentümer der Produktionsmittel, und die ausgebeutete Klasse der Arbeiterschaft, die sogenannten Proletarier, gegenüber.

Ausbeutung findet der marxistischen Lehre zufolge dadurch statt, dass sich der Kapitalist den durch die Produktion entstandenen „Mehrwert“ einseitig aneignet und somit auf Kosten des Proletariats Kapital ansammelt. Dieses Kapital kann er dann wiederum zur Entwicklung neuer Technologien einsetzen, die Arbeitskraft überflüssig machen, dadurch den Lohndruck weiter steigern und letztlich das Proletariat verelenden lassen. Dies führt nach marxistischer Lehre dazu, dass sich der Klassengegensatz zwischen Bürgertum und Proletariat weiter verschärft und am Ende in einer „Revolution des Proletariats“ entlädt. Darauf folgt die „Diktatur des Proletariats“, die die letzten Reste der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Vertreter endgültig beseitigen und schließlich in eine kommunistische klassenlose Gesellschaft münden soll.

Im Mittelpunkt steht das Kollektiv

Das Menschenbild des Marxismus ist ein grundlegend anderes als das der Aufklärung und der freiheitlichen Demokratien. Im Mittelpunkt steht nicht das gleichberechtigte Individuum in seiner unantastbaren Würde, sondern das Kollektiv, das heißt die Klasse der Proletarier. Erst als Mitglied dieser Klasse entwickelt der Mensch dem Marxismus zufolge seine Würde. Unveränderliche, vorstaatliche Grund- und Menschenrechte werden negiert.

1.2 Marxismus-Leninismus



Lenin. © Wikimedia Commons

Der Marxismus-Leninismus war die Ideologie der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und damit offizielle Weltanschauung und Staatsdoktrin der früheren Sowjetunion sowie aller an ihr orientierten sozialistischen Länder. Zusammengesetzt aus den Lehren von Marx und Engels sowie deren Weiterentwicklung durch Lenin (eigentlich Wladimir Iljitsch Uljanow, 1870 bis 1924), aber auch Josef Stalin (siehe Kapitel 1.4) und weiteren späteren Ergänzungen, beansprucht der Marxismus-Leninismus ein logisch in sich geschlossenes wissenschaftliches System zu sein. Zugleich ist er die theoretische Basis und Zielvorgabe

für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft unter alleiniger Führung der kommunistischen Partei, für den internationalen Klassenkampf des Proletariats und letztlich für die revolutionäre Veränderung der Welt. Der marxistisch-leninistischen Betrachtungsweise zufolge verläuft die Geschichte nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten: So wird der Sozialismus als „höhere“, menschlichere und ökonomisch überlegene Gesellschaftsform letztendlich den Kapitalismus auf der ganzen Welt revolutionär ablösen.

Partei „neuen Typs“ und „Demokratischer Zentralismus“

Trägerin der Revolution ist die „Arbeiterklasse“. Um ihre historische Mission zu erfüllen, benötigt sie jedoch, quasi als eine „Avantgarde“, eine kommunistische Partei „neuen Typs“. Sie funktioniert nach dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“, wobei der Zusatz „demokratisch“ nichts mit dem Demokratieprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zu tun hat. Dem „Demokratischen Zentralismus“ entsprechend sind Staat und Partei hierarchisch-zentralistisch aufzubauen: Das Führungspersonal von Partei und Staat wird von unten nach oben gewählt, die Auswahl der zu wählenden Kandidaten erfolgt jedoch stets autokratisch von oben nach unten. Die Beschlüsse der höheren Organe für die unteren sind bindend und Minderheiten müssen sich einer straffen Parteidisziplin unterordnen. Damit widerspricht dieses politische Prinzip wichtigen Wesensmerkmalen einer freiheitlichen Demokratie wie dem Pluralismus.

1.3 Trotzismus



Trotsky. © Wikimedia Commons

Eine Modifikation des Marxismus-Leninismus stellt das auf Leo Trotzki (1879 bis 1940) zurückgehende Sozialismusmodell, der Trotzismus, dar. Wesentliche Elemente des Trotzismus sind die Theorie der „permanenten Revolution“, der Glaube an die Weltrevolution (im Unterschied zu Stalins „Sozialismus in einem Lande“) und das Ziel einer „Diktatur des Proletariats“ in Form einer Rätedemokratie⁴. Dem Trotzismus zufolge reicht eine einmalige Revolution nicht aus. Stattdessen müsse es eine weltweite „permanente Revolution“ geben, die von einer „proletarischen Internationalen“ getragen werden soll.

1.4 Stalinismus



Stalin. © Wikimedia Commons

Der Stalinismus ist Josef W. Stalins (1878 bis 1953) theoretische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus zum diktatorisch-bürokratischen Herrschaftssystem der Sowjetunion. Entgegen der marxistischen Annahme, dass zum Sieg des Proletariats über das wohlhabende Bürgertum, die Bourgeoisie, eine gemeinsame Aktion der Proletarier aller Länder notwendig sei, ging Stalin davon aus, dass der Sozialismus zunächst nur in einem Land, nämlich der Sowjetunion, realisiert werden könne. Alle in der „Kommunistischen Internationalen“ organisierten Parteien mussten sich also auf die Interessen der Sowjetunion als zentraler Führerin des internationalen Kommunismus ausrichten.

⁴ Eine Räterepublik oder Rätedemokratie ist ein politisches System, bei dem über ein Stufensystem sogenannte Räte gewählt werden. Die Räte sind ihren Wählern verantwortlich und an deren Weisungen gebunden.

Stalinistische „Säuberungen“

Innerhalb der Sowjetunion proklamierte Stalin eine „Verschärfung des Klassenkampfes“, um die „stalinistischen Säuberungen“ zu legitimieren: Hunderttausende wurden ermordet, mehrere Millionen Menschen kamen in Gefängnisse und Arbeitslager. Den Versuch, den rückständigen Agrarstaat Sowjetunion in kurzer Zeit in eine moderne Industriegesellschaft umzuwandeln, bezahlten weitere Millionen Menschen aufgrund der dadurch verursachten Hungersnöte mit ihrem Leben.

Als „stalinistisch“ werden heute Bestrebungen bezeichnet, die sich ideologisch auf das von Stalin errichtete Herrschaftssystem berufen. Mit der Anknüpfung an die historische Person Stalin und die damit verbundene Diktatur, die den Terror als Herrschaftsinstrument etablierte, verbindet sich eine grundlegende Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates.

1.5 Maoismus



Mao Zedong. © Wikimedia Commons

Der Maoismus ist die spezifisch chinesische Ausprägung des Marxismus-Leninismus. Er hat sich im Laufe von Jahrzehnten herausgebildet. Grundlage war das Gedankengut von Mao Zedong (1893 bis 1976), insbesondere nach dem Sieg der Kommunisten in China 1949. Als revolutionärer Kommunismus betonte der Maoismus die Führungsrolle der Kommunistischen Partei beim Aufbau des bäuerlichen Partisanenkriegs.

Anders als Lenin vertrat Mao die Strategie der „Umzingelung der Städte durch das Land“, das heißt, er schrieb der chinesischen Bauernschaft und nicht dem Industrieproletariat die führende Rolle zu. Die Bauern wurden als Träger der Revolution und Hauptstütze des Kommunismus angesehen. Dementsprechend sind für Maoisten die Entwicklungsländer revolutionäre Zentren.

1.6 Anarchismus

Der Anarchismus⁵ hat als eine politische Ideenlehre, die ihren Ursprung im 19. Jahrhundert hat, unterschiedliche Strömungen hervorgebracht. Sie alle eint die radikale Absage an den Staat, die Bürokratie und alle Regierungsformen, auch die Demokratie⁶. Der Alternativentwurf im anarchistischen Denken ist eine utopische Idealgesellschaft, in deren Mittelpunkt das Individuum steht, das losgelöst von allen staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen lebt. Dies bedeutet die Abkehr von allen etablierten Institutionen wie Parlamenten, Parteien, Kirchen und Vereinen. Nach weitgehend einheitlicher anarchistischer Vorstellung soll sich die Gesellschaft vielmehr auf der Basis völliger Freiwilligkeit selbst organisieren, also freiwillige Assoziationen bilden wie Kollektive oder Genossenschaften – Anarchismus bedeutet nicht per se Organisationslosigkeit.

Nach der Stellung des Individuums in der Gesellschaft und dem anzustrebenden Organisationsgrad lassen sich verschiedene anarchistische Richtungen unterscheiden, deren Ursprünge zumeist im späten 19. Jahrhundert liegen. Hierzu zählen zum Beispiel der anarchische Kollektivismus, der Anarchosyndikalismus⁷, der individualistische Anarchismus und der Anarchopazifismus. Im Anarchokommunismus als einer weiteren Variante sollen der Staat und der Kapitalismus überwunden und durch Netzwerke von freiwilligen Vereinigungen, Arbeiterräten und gemeinschaftlichen Kommunen ersetzt werden.

Einer der namhaften Anarchisten und einflussreichsten Denker der anarchistischen Bewegung war Michail Bakunin (1814-1876). Der aus einer alten russischen Adelsfamilie stammende Revolutionär gilt als Begründer des anarchistischen Kollektivismus und war in der Ersten Internationalen⁸ der bekannteste

5 Anarchie, altgriechisch für Herrschaftslosigkeit (Abwesenheit von Autorität und Regierung).

6 Der französische Anarchist Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) bezeichnete die Demokratie als einen „konstitutionellen Willkürherrscher“.

7 Gewerkschaftliche Organisation von Lohnabhängigen, basierend auf den Prinzipien von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Solidarität.

8 Im Jahr 1864 in London als „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) gegründet, 1876 aufgelöster erster internationaler Zusammenschluss von Arbeitergesellschaften. Zwischen Anarchisten und Marxisten kam es zum ideologischen Konflikt über die Rollen des Staates und der Arbeiterbewegung.



Bakunin. © Wikimedia Commons

„Gegenspieler“ von Karl Marx. Am Beispiel Bakunins zeigt sich auch die Uneinigkeit von Anarchisten in der Gewaltfrage als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Bereits frühe Protagonisten wie Bakunin zeigten sich aber revolutionärer Gewalt nicht gänzlich abgewandt. Eine Reihe von Anarchisten schritt zur Tat.⁹ Andere wiederum lehnten Gewalt kategorisch ab.

Die klassischen Ausprägungen und Strömungen des Anarchismus spielen im aktuellen linksextremistischen Spektrum keine nennenswerte Rolle mehr, der Anarchismus im engeren Sinne ist zu einer Randerscheinung geworden. Vielmehr sind es heute Versatzstücke des anarchistischen Gedankenguts, die sich insbesondere im gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, vornehmlich der Autonomen-Szene und deren politischen Vorstellungen wiederfinden. Hierzu zählt vor allem als Kernziel die Überwindung des „herrschenden Systems“ und ein Leben frei von Zwängen, Normen und Autoritäten. Gewalt ist in dieser Szene zu einem Wesenselement geworden.

9 Insbesondere Anarchisten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert versuchten, durch Gewalttaten die Massen „aufzuwecken“ – die Taten sollten Vorbildcharakter haben und für sich selbst sprechen („Propaganda der Tat“).

2. Linksextremismus als Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

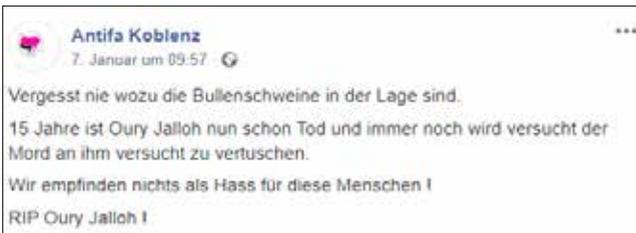
Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zählen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts¹⁰ die Menschenwürde, das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip. Dies sind laut dem Gericht die zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.

Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der **Würde des Menschen** (Art. 1 Abs. 1 GG). Deren Garantie umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.

Das **Demokratieprinzip** umfasst die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).

Das **Rechtsstaatsprinzip** meint die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte und das staatliche Gewaltmonopol (Art. 20 Abs. 3 GG).

Linksextremismus – unvereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung



Die „Antifa Koblenz“ in Facebook.

Linksextremisten missachten diese grundlegenden Prinzipien. Dies dokumentieren nicht zuletzt Herabwürdigungen politischer Gegner und von Vertreterinnen

und Vertretern des Staates. Ihnen wird die **Menschenwürde** aberkannt. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn Polizeibeamtinnen und -beamte systematisch als „Bullenschweine“ diffamiert und abgewertet werden.

¹⁰ Vgl. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13.

Polizeibeamte sind neben Rechtsextremisten das zentrale Feindbild von Linksextremisten und gelten aus ihrer Sicht als Repräsentanten des kapitalistisch-autoritären Staates. Die Entmenschlichung von Polizeibeamtinnen und -beamte als Rechtfertigung von Gewalt hat den Ursprung in den Verlautbarungen der 1970 gegründeten linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF), die sich 1998 selbst auflöste. So äußerte die führende Vertreterin der ersten RAF-Generation, Ulrike Meinhof, „Bullen“ seien „Schweine“ und keine „Menschen“. Dementsprechend, so Meinhof, habe man sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Man habe nicht mit ihnen zu reden, weil es falsch sei. Natürlich könne geschossen werden.¹¹

Auch andere vermeintliche Repräsentantinnen und Repräsentanten des „kapitalistischen Schweinesystems“, wie Linksextremisten die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnen, können zum Hassobjekt werden. Dazu zählen unter anderem führende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Unternehmen, Mitglieder etablierter Parteien, Mitglieder studentischer Verbindungen, Soldatinnen und Soldaten, Journalistinnen und Journalisten und viele mehr. „Während Rechtsextremisten ihren Hass aus rassistischen beziehungsweise biologistischen Gründen auf die Mitglieder bestimmter ethnischer Gruppen richten, begründen Linksextremisten ihren Hass mit vordergründig sozialen Argumenten, praktizieren mithin einen ‚sozialen Rassismus‘“, schrieb der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin 2018 in einem Zeitungsartikel.

Regelmäßig verletzen die Verhaltensweisen von Linksextremisten auch das **Demokratieprinzip**, wobei dies auf den ersten Blick häufig nicht so offensichtlich ist. Denn dass sie die Demokratie parlamentarischer Prägung abschaffen wollen, sagen sie in der Regel nicht direkt. Vielmehr nutzt die Szene bestimmte Synonyme, um ihre Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats auszudrücken.

Im Zentrum steht dabei das linksextreme Verständnis von Kapitalismus. So verstehen Linksextremisten unter Kapitalismus nicht nur ein Wirtschafts-, sondern

11 Vgl. Meinhof, Ulrike, zit. nach: Thieme, Tom: „Wir wollen keine Bullenschweine“ – Feindbild Polizei im Linksextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 69, Nr. 21-23 (2019), S. 43-48, S. 48.

auch ein Herrschaftssystem. Für sie ist der demokratische Staat ausschließlich ein Mittel, mit dem „die Kapitalisten“ ihre Interessen gegen den Rest der Bürger durchsetzen. Die parlamentarische Demokratie ist für sie bloß eine formale Demokratie, die in Faschismus umschlagen kann, wenn soziale Krisen oder Aufstände das kapitalistische System erschüttern.

Die Schwelle zum Extremismus ist dann überschritten, wenn der Kapitalismus als Gesellschaftsform betrachtet wird und diese durch eine sozialistisch-kommunistische Diktatur oder eine herrschaftsfreie, anarchistisch geprägte Ordnung ersetzt werden soll.¹² Weder lässt sich bei der Ausübung aller Staatsgewalt in einer kommunistischen Diktatur von einer „Rückbindung“ an das Volk sprechen, noch gibt es in einem solchen System eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger an der politischen Willensbildung, was aber ein elementarer Bestandteil des Demokratieprinzips ist.

Eine Gemeinsamkeit vieler, insbesondere gewaltorientierter Linksextremisten ist schließlich die Leugnung des staatlichen Gewaltmonopols¹³, eines konstitutiven Elements des **Rechtsstaatsprinzips**. Um die eigenen Ziele zu erreichen, wird die Anwendung von Gewalt sowohl gegen Personen, vor allem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, als auch gegen Sachen propagiert. Linksextremisten begreifen Gewalt als „revolutionäre Gewalt“ der „Unterdrückten gegen die Herrschenden“ und somit als ein „legitimes Mittel“. Gleichwohl teilen nicht alle Linksextremisten diese Auffassung. In der linken Szene gibt es eine fortdauernde „intensive Militanz- und Gewaltdebatte“¹⁴. Während Gewalt gegen „Sachen“ auf vergleichsweise breite Akzeptanz stößt, wird sie gegen Personen insbesondere von den anarchistisch orientierten Autonomen verübt. Dabei glauben die Gewalttäter, sie handelten gewissermaßen aus Notwehr gegen die Repression des kapitalistischen Staates.¹⁵

12 Das Grundgesetz legt keine bestimmte Wirtschaftsordnung fest; es ist, wie das Bundesverfassungsgericht einmal ausgeführt hat, „wirtschaftspolitisch neutral“.

13 Z.B. durch die Schaffung sogenannter Freiräume (siehe Kapitel 3.1).

14 Thieme 2019, S. 46.

15 Ebd.

3. Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Der Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland¹⁶ lässt sich in mehrere zeitliche Phasen mit sehr unterschiedlichen Ausprägungen unterteilen. Bis zum Verbot der marxistisch-leninistischen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) 1956 war die Zielsetzung der zur damaligen Zeit zumeist moskautreuen Kommunisten, im Bündnis mit der Sowjetunion und der DDR den Sturz des aus ihrer Sicht kapitalistischen und revanchistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen.

Diese am Sowjetkommunismus orientierte politische Vorstellung lebte nach dem KPD-Verbot zunächst durch illegale kommunistische Kader und von 1968 an wieder offen mit der Gründung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) fort. Die Gründung der DKP erfolgte nicht zufällig. Das „rote Jahrzehnt“ 1967 bis 1977, wie es der Publizist und Historiker Gerd Koenen bezeichnete, war zugleich die Blütezeit linker, linksradikaler und linksextremer Gruppierungen im Umfeld der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung, das heißt auch außerhalb des bis dahin dominierenden, moskauorientierten Spektrums. Diese Zeit brachte im Linksextremismus eine größere Diversität hervor. Außer dogmatischen, moskaufernen Strukturen wie den sogenannten K-Gruppen, beispielsweise der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ (KBW), entwickelte sich eine undogmatische, weitgehend unstrukturierte „Sponti-Szene“; aus dieser entstand in den 1980er Jahren die Autonomen-Szene.

Das Erstarken des Linksextremismus zeigte sich nicht zuletzt im öffentlichen Protest gegen den Vietnamkrieg sowie gegen die aus Sicht der Protestierenden verkrusteten politischen Rahmenbedingungen und überholten gesellschaftlichen Konventionen. Die Protestbewegung war, auch in anderen europäischen Ländern und den USA, überwiegend von Jugendlichen sowie Studentinnen und Studenten getragen. Einheitlich war sie nicht. Das linksextremistische Lager spaltete sich in den 1960er und 1970er Jahren in marxistisch-leninistische, trotzkistische, maoistische, stalinistische und andere kleinere, zum Teil sektiererische Gruppen.

16 Die das Kapitel einleitende Beschreibung umfasst eine Reihe nennenswerter Aspekte, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben (vgl. hierzu insb. Jaschke, Hans-Gerd: Linksextremismus, Dossier Linksextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung vom 01. August 2008, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33598/linksextremismus?p=all>, abgerufen am: 26. August 2020).

Sie überboten sich gegenseitig in marxistischer Revolutionsrhetorik und hatten mit der Mehrheitsströmung des von gemäßigten politischen Kräften vertretenen demokratischen Sozialismus vollends gebrochen.

Die Frage des Einsatzes von Gewalt als politischem Instrument wurde zum Teil der Agenda und führte zu einer weiteren Spaltung. Terroristische Vereinigungen wie die „Rote Armee Fraktion“, die „Bewegung 2. Juni“ und später die „Revolutionären Zellen“ (RZ) entstanden und propagierten in Anlehnung an südamerikanische Revolutionskonzepte den „bewaffneten Kampf“, um den angeblich faschistischen Charakter des westdeutschen Staates zu „entlarven“. Die Morde an Generalbundesanwalt Siegfried Buback, Dresdner Bank-Chef Jürgen Ponto und Arbeitgeber-Präsident Hans-Martin Schleyer 1977 bildeten den Höhepunkt des deutschen Linksterrorismus. In seinen organisierten Formen stellte er bis in die 1990er Jahre eine erhebliche Bedrohung für die Innere Sicherheit dar.



MP auf rotem Stern: RAF-Logo. © Wikimedia Commons

Linksextremismus, sowohl in der terroristischen Ausprägung als auch in der marxistisch-leninistischen, orthodoxen Form, büßte seit dem Mauerfall zunächst kontinuierlich an Bedeutung ein. Das Scheitern des Sowjetkommunismus in Osteuropa und der DDR ab 1989 trug erheblich dazu bei, diese Politikansätze nachhaltig unattraktiv zu machen. Dies bedeutete allerdings nie, dass das Phänomen Linksextremismus damit aus der Welt gewesen wäre.

Eine Reihe von Entwicklungen, wie das Erstarken des Rechtsextremismus sowie die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, hat dazu geführt, dass der Linksextremismus in Deutschland in den zurückliegenden Jahren stärker geworden ist und von ihm nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden potentiell wieder eine größere Gefahr ausgeht – letzteres gilt insbesondere für das gewaltorientierte linksextremistische Spektrum. Dem entspricht unter anderem das im Bundesgebiet insgesamt gestiegene Personenpotenzial:

Personenpotenzial Linksextremismus	2015	2016	2017	2018	2019
Insgesamt	27.400	29.400	30.400	33.000	33.500
Davon gewaltorientiert	7.700	8.500	9.000	9.000	9.200

Das zahlenmäßig größte (Einzel-)Potenzial verzeichnen aktuell die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen. In Rheinland-Pfalz bewegt es sich seit mehreren Jahren relativ konstant bei rund 500 Personen, von denen etwa 100 als gewaltorientiert gelten.

In jüngerer Zeit, insbesondere seit den gewalttätigen Ausschreitungen am Rande der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main 2015 und sodann rund um den G 20-Gipfel in Hamburg im Jahr 2017, hat die Bedrohung durch den gewaltorientierten Linksextremismus in Teilen des Bundesgebiets erheblich zugenommen. Anlassbezogen und entlang unterschiedlicher Aktionsfelder (vgl. Kapitel 3.1) kommt es in Städten wie Berlin, Hamburg oder Leipzig immer wieder zu massiven Angriffen, nicht zuletzt auf Polizeikräfte, bei denen schwerste Verletzungen, wenn nicht der Tod, in Kauf genommen werden. Es kann daher von einer erheblichen Radikalisierung bedeutender Teile des linksextremistischen Spektrums gesprochen werden.

Bislang sind im Zuge der jüngeren und jüngsten Entwicklung zwar keine neuen Formen eines strukturierten, auf Dauer angelegten Terrorismus vergleichbar der RAF entstanden. Es gibt aber Anlass zur Sorge, dass im Gefolge einer weiter fortschreitenden Radikalisierung dies zumindest in Teilen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene wieder an Reiz gewinnen könnte. So werden einer sozialrevolutionär, antiimperialistisch ausgerichteten Gruppierung, die unter der Bezeichnung „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) firmiert, mehrere in den Jahren 2009 bis 2011 verübte Brand- und Sprengstoffanschläge gegen öffentliche Gebäude zugerechnet. Damals und seit Ende 2019 wieder wurden wiederholt mit RAZ gekennzeichnete Drohschreiben unter anderem an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Justiz und von Behörden versandt. Im Oktober 2020 wurde ein Paar aus Baden-Württemberg verhaftet, das die Schreiben seit Ende 2019 verschickt haben soll.

3.1 Aktuelle Aktionsfelder der Linksextremisten

Wie die Zahlen zeigen, ist die links-extremistische Szene stärker geworden. Das Erstarken der Szene ist zum einen darauf zurückzuführen, dass wesentliche Aktionsfelder des Linksextremismus wie Antifaschismus, Antiglobalisierung, Antigentrifizierung und Antirepression, bedingt durch grundlegende Wandlungsprozesse in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, stärker als bisher zum Tragen kommen und Anknüpfungspunkte in die gesellschaftliche Mitte bieten.



Kapitalismuskritik auf der Internetseite der „Interventionistischen Linken“.

Die theoretische Basis all dieser Aktionsfelder ist der „**Antikapitalismus**“. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird nicht nur für Armut, Hunger und soziale Ungerechtigkeit, sondern auch für vermeintliche Repression, Flucht und Vertreibung, ökologische Katastrophen, Machtstreben und Kriege verantwortlich gemacht.

Antifaschismus

„Antifaschismus“ ist nicht nur das zentrale Aktionsfeld im Linksextremismus, sondern auch der Begriff für eine bestimmte Szene innerhalb des Spektrums.¹⁷ Zunächst geht es hier um das Aktionsfeld. Im Allgemeinen bezeichnet Antifaschismus alle sozialen Bewegungen, Ideologien und Programme, die sich in Theorie und Praxis gegen Faschismus, Neonationalsozialismus, Rechtsextremismus und die „Neue Rechte“ wenden. Allerdings



Die „Antifa Mainz“ mobilisiert gegen eine Veranstaltung.

¹⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (Wissenschaftliche Dienste): Linksextremismus in Gestalt der so genannten „Antifa“ – Organisationsbezogene strafrechtliche Implikationen, Ausarbeitung WD 7 – 3000 – 069/18, 2018, S. 4, 7 f.

handelt es sich um einen ambivalenten und politisch aufgeladenen Begriff. Demokratinnen und Demokraten sprechen von Antifaschismus, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zu bekunden. Von daher ist nicht jede „antifaschistische“ Gruppe automatisch ein Fall für den Verfassungsschutz.

Im Linksextremismus bedeutet Antifaschismus jedoch mehr als das Engagement gegen tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremismus. Für die meisten Linksextremisten hat der Faschismus seine Wurzeln im Kapitalismus. Nach deren Logik bedeutet Antifaschismus Kampf gegen das kapitalistische System und die es tragenden gesellschaftlichen Kräfte. Damit richten sich Linksextremisten in deren Logik gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland, das heißt gegen den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Eine bedeutsame Rolle im Kampf gegen „Faschisten“ hat für Linksextremisten die „Antifaschistische Recherchearbeit“. In sogenannten Outing-Aktionen werden systematisch Informationen über vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten sowie deren Strukturen gesammelt und öffentlich gemacht, um die als Feinde betrachteten Personen zu denunzieren. Dabei werden zum Teil persönliche Daten wie die Wohnadresse und der Arbeitgeber im Internet publiziert, um die betroffenen Personen sozial auszugrenzen und zu ächten.

Noch wichtiger ist das Aktionsfeld „Antifaschismus“ für Linksextremisten seit der Gründung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Jahr 2013 geworden. Die Partei steht – neben den Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien wie der NPD – im Fokus linksextremistischer Agitationen und Aktionen. So kommt es immer wieder zu Sachbeschädigungen, beispielsweise an Parteibüros und Vereinsräumen, aber auch zu Outing-Aktionen. Das öffentliche Auftreten von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, zum Beispiel auf Demonstrationen und im Wahlkampf, empfinden Linksextremisten als Provokation, was regelmäßig zu Angriffen bis hin zu körperlichen Attacken von deren Seite führt.¹⁸

Zudem haben 2019 und 2020 die rechtsextremistisch motivierten Attentate und Anschläge in Halle an der Saale, in Wolfhagen-Istha auf den Kasseler Regie-

18 Vgl. Goertz, Stefan: Linksextremismus in Deutschland – Eine aktuelle politikwissenschaftliche Analyse, in: Kriminalistik – Unabhängige Zeitschrift für die kriminalistische Wissenschaft und Praxis 73, Nr. 3 (2019), S. 149-155, S. 151.

rungspräsidenten Walter Lübcke und in Hanau dazu geführt, dass sich der Antifaschismus unter Linksextremisten noch stärker ausgeprägt hat.

Wie erwähnt ist Antifaschismus außerdem der Begriff für eine bestimmte Szene. In diesem Sinne werden unter dem Oberbegriff „Antifa“ (Antifaschistische Aktion) – in Abgrenzung zum traditionellen Antifaschismus, der eher langfristige Strategien verfolgt – Ausprägungen eines autonomen Antifaschismus verstanden. Dieser zeichnet sich durch eine Sprunghaftigkeit und Kampagnenorientierung aus. Insbesondere fehlt es ihm an einem in sich geschlossenen, politisch-ideologischen Konzept. Autonome Antifaschisten sind hierarchiefeindlich und lehnen festgefügte Organisationen und Strukturen ab. Eine „Antifa“ im Sinne einer einheitlichen, bundesweiten Organisation gibt es nicht. Sie ist eine unscharf umrissene Szene mit allenfalls einzelnen vornehmlich lokalen Gruppierungen.¹⁹



Falsch ist es auch, „Antifa“ verkürzend als Synonym für gewalttätige Linksextremisten zu nutzen. Häufig werden linksextreme Gewalttaten und Krawalle aufgezählt, die zunächst nichts mit Antifaschismus zu tun haben. Antifaschistische Praxis wird zwar oft eng mit Gewalthandeln in Verbindung gebracht, innerhalb des Spektrums tut sich jedoch ein komplexes Verhältnis dazu auf²⁰:

„Erstens umgibt „die“ Antifa zwar eine Aura der Gewalt, aber nur ein Teil übt sie tatsächlich aus, und andere Formen des Engagements überwiegen. Zweitens gehört es für Antifa-Akteure häufig zur eigenen Erfahrung, von rechter Gewalt betroffen zu sein. Zudem ist das Wissen um die prinzipielle Gewaltförmigkeit von Faschismus und Rassismus hoch entwickelt. Drittens resultiert daraus die Einschätzung, einen adäquaten Umgang und Gegenstrategien entwickeln zu müssen, wobei streng pazifistische Optionen keine Rolle spielen, defensive Optionen aber durchaus bedeutsam sind.“²¹

Antiglobalisierung

Globalisierung gilt Linksextremisten als Auswuchs des kapitalistischen Systems. Sie werfen den wohlhabenden, kapitalistischen Staaten vor, die Ressourcen der

19 Deutscher Bundestag 2018: Linksextremismus in Gestalt der sogenannten „Antifa“, S. 4, 8 f.

20 Schuhmacher, Nils: „Küsst die Faschisten“ – Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 67, Nr. 42-43 (2017), S. 35-41, S. 39.

21 Ebd., S. 39.

armen Länder zu plündern und soziale Rechte abzubauen, und zwar im Interesse global agierender Konzerne.

Dementsprechend führen vor allem die Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen (G7 beziehungsweise G8 und G20) sowie Gipfelkonferenzen der EU, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) regelmäßig zu deutschland- und europa-weiten Protest-Aufrufen. Das Aktionsspektrum reicht dabei von Demonstrationen über Blockaden bis hin zu militanten Aktionen. Ein Fanal linksextremistischer Gewalteskalation war der G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg, bei dem es zu den schwersten Ausschreitungen der vergangenen Jahre kam.

Antigentrifizierung

Linksextremisten lehnen die strukturelle Umwandlung eines Stadtteils durch Sanierungsmaßnahmen, durch die ursprünglich dort ansässige Anwohner verdrängt werden (Gentrifizierung), vehement ab. Sie tun dies aber auch, um eigene Interessen wie den Erhalt von besetzten Häusern („Freiräume“) zu verfolgen. Der „Kampf“ gegen „antisoziale Stadtumstrukturierungen“ soll vor allem Menschen ansprechen, die vom Verlust ihrer Wohnungen bedroht sind und fürchten, ihren ursprünglichen Wohnort verlassen zu müssen. Insbesondere in Berlin, aber auch in anderen Städten wie Hamburg, Stuttgart und Leipzig verspricht sich die linksextremistische Szene vom Kampf gegen solche Maßnahmen Zustimmung bei den Betroffenen.



Besetztes Haus an der Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain. © Wikimedia Commons

Die Aktionen der Linksextremisten reichen von Hausbesetzungen bis hin zu Brandanschlägen und teils massiven Sachbeschädigungen, insbesondere an Fahrzeugen von Immobilienunternehmen, Sicherheitsfirmen und Bauunternehmen, die sie für die Gentrifizierung verantwortlich machen.

Szeneobjekte wie die „Rote Flora“ in Hamburg und – bis zu seiner Räumung – das autonome

Wohnprojekt „Rigaer Straße 94“ in Berlin gelten als wichtige „Widerstandsobjekte“, die sich der „kapitalistischen Verwertung“ sowie der Überwachung und staatlichen Einflussnahme entziehen. In diesen Objekten versuchen Linksextremisten, das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft zu setzen. An manchen Orten bilden sie den Rahmen für eine Subkultur, die auch nicht-extremistische Personen anspricht.

Antirepression

Mit „Repression“ meinen Linksextremisten die staatliche Überwachung und Strafverfolgung, der sie sich generell ausgesetzt sehen. Sie unterstellen dem Staat, nur ein „Erfüllungsgehilfe des Kapitals“ zu sein. So rüste der Staat den Sicherheitsapparat auf, um die „ökonomischen Machtverhältnisse“ aufrechtzuerhalten und revolutionäre Prozesse zu verhindern. Insbesondere für gewaltorientierte Linksextremisten ist das Aktionsfeld Antirepression von hoher Bedeutung.

Die eigene Militanz betrachten gewaltorientierte Linksextremisten, insbesondere die Autonomen-Szene, lediglich als Abwehr einer angeblichen „strukturellen Gewalt“ der Polizei und des „Systems“. Diese Haltung fördert offenkundig die Bereitschaft zu gewalttätigen Übergriffen auf Vertreterinnen und Vertreter des Staates, vor allem Polizeibeamtinnen



Aufruf von „Siempre Antifa Frankfurt“.

und -beamte. Teile des gewaltorientierten Spektrums agieren auch gegen Unternehmen, die ihrer Überzeugung nach die „staatliche Repression“ als eine Art „Repressionsinfrastruktur“ unterstützen. Beispielsweise gilt ihnen im Hinblick auf die Digitalisierung der Beitrag einzelner Unternehmen zur Entwicklung und Bereitstellung von Produkten für Behörden sowie das Sammeln personenbezogener Daten als Erweiterung dieser „Repressionsinfrastruktur“.

3.2 Das Internet als Medium für Linksextremisten

Wie Rechtsextremisten und religiös motivierte Extremisten haben auch Linksextremisten den großen Nutzen des Internets für sich entdeckt.²² Durch das Internet erreichen sie potenziell jeden Interessenten. Zudem ermöglichen elektronische Medien eine globale Vernetzung mit Gleichgesinnten. Für Linksextremisten, die sich als „Internationalisten“ verstehen, ist letzteres ein wichtiger Aspekt.

Viele linksextremistische Organisationen sind im Internet mit eigenen Seiten präsent. Außer Selbstdarstellungen und Hinweisen wie Kontakten vor Ort enthalten sie häufig Programmatisches, Geschichtliches, Informationen zu aktuellen Arbeitsschwerpunkten, Terminhinweise und Links zu Seiten befreundeter Gruppen und Initiativen. Linksextremistische Printmedien wie zum Beispiel die Tageszeitung „junge Welt“ unterhalten ebenfalls Internet-Auftritte. Manche Organisationen haben eigene Youtube-Kanäle, auf denen sie ihre Propaganda, Aktivitäten und „Erfolge“ visualisieren können.

Eine andere Kategorie linksextremistischer Internet-Medien sind themenbezogene Seiten oder Portale, die anlassbezogen informieren und mobilisieren. Häufig werden sie später wieder aus dem Netz genommen. Schließlich existieren linksextremistische Internet-Seiten, die sich ausschließlich bestimmten Themenfeldern zuwenden, zum Beispiel dem „Outing“ von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten.

Dem Internet kommt für Linksextremisten noch eine andere bedeutende Funktion zu. Linksextremisten wollen ihre Ideologie einerseits möglichst großen Teilen der Öffentlichkeit vermitteln. Andererseits benötigen vor allem gewaltorientierte Autonome eine öffentliche Plattform, um Straf- und Gewalttaten gegenüber weiten Teilen der Gesellschaft zu rechtfertigen und ihren Forderungen Nach-

22 Das erste größere von der linksextremen Szene genutzte Datennetz wurde unter dem Namen „SpinnenNetz“ bekannt. Bereits Anfang 1991 von einer Gruppe Autonomer aus Mainz und Wiesbaden gegründet, diente es primär dem Informationsaustausch zwischen verschiedenen Ortsgruppen, der Bündelung von Ressourcen sowie der gemeinsamen Koordinierung von Aktivitäten. Mit Hilfe eines vernetzten Mailbox-Systems wurde eine geschlossene und gegen ungewollte Einsichtnahme von außen verdeckte Struktur geschaffen; früh wurden Verschlüsselungssysteme eingesetzt, um sich gegen Ausspähung von außen zu schützen (Barisic, Thomas/Arnd Reinhard: Linksextremismus im Internet, in: Bundesministerium des Innern: Extremismus in Deutschland – Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, 2004, S. 222-252, S. 236 f.).

druck verleihen zu können. Eine solche öffentliche Plattform war bis zu ihrem Verbot durch den Bundesinnenminister im August 2017 das Internet-Portal „linksunten.indymedia“, das unter anderem zur Veröffentlichung von Selbstbeichtigungsschreiben, Aufrufen zu Straftaten, Bauanleitungen für Spreng- oder Brandvorrichtungen sowie anderen Texten – immer wieder auch von strafrechtlicher Relevanz – genutzt wurde.

Nach dem Verbot, das vom Bundesverwaltungsgericht im Januar 2020 bestätigt wurde, hat sich die Internetplattform „de.indymedia“ zum wichtigsten Informations- und Propagandamedium der linksextremistischen Szene im deutschsprachigen Raum entwickelt.

Gegründet wurde „de.indymedia“ bereits im Januar 2001 in Hamburg als deutscher Ableger des im Dezember 1999 nach Protesten gegen die Welthandelskonferenz in Seattle entstandenen globalen Mediennetzwerks Indymedia. Selbsterklärtes Ziel von „de.indymedia“ ist die Schaffung einer „Gegenöffentlichkeit“ frei von staatlicher Kontrolle. Jeder Nutzer hat die Möglichkeit, über ein Eingabeformular eigene Beiträge anonym und ohne den Zwang zur Registrierung, in Echtzeit und ohne vorherige Kontrolle der Inhalte zu veröffentlichen. Verwaltet werden die Beiträge nach der Veröffentlichung von sogenannten Moderations-



Screenshot der 2017 verbotenen Internet-Seite „linksunten.indymedia“.

© Mdl

kollektiven. Neben administrativen Aufgaben stellen diese nach eigener Darstellung sicher, dass „keine unerwünschten Inhalte“ in Beiträgen zu finden sind. Beiträge mit „sexistischem, rassistischem, antisemitischem u./o. faschistischem Inhalt“ würden „versteckt“, ebenso wie Persönlichkeitsrechte verletzende Beiträge.

Nicht gegen die Moderationskriterien verstößt offensichtlich eine Vielzahl an Beiträgen, die einen Bezug zu linksextremistischer Gewalt und Straftaten haben oder selbst strafrechtlich relevant sind. So erscheinen regelmäßige Selbstbeichtigungsschreiben zu teils schweren Straf- und Gewalttaten. Gleichzeitig wird dazu aufgerufen, weitere Taten zu begehen. Auch gibt es auf „de.indymedia“ immer wieder Outing-Aktionen, wobei Bilder und personenbezogene Daten „unliebsamer Personen“ veröffentlicht werden.

Diese sind oftmals verbunden mit mehr oder minder offenen Aufrufen, Straftaten zu begehen. Betroffen sind insbesondere tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und Vertreterinnen und Vertreter des verhassten „Repressionsstaats“, aber auch Angehörige von Wirtschaftsunternehmen oder Journalistinnen und Journalisten. Der überwiegende Teil dieser Beiträge ließ sich lange Zeit abrufen und wurde somit von den „Moderationskollektiven“ zumindest geduldet.

Ein Beispiel ist ein Beitrag, der offensichtlich als Reaktion auf die öffentliche Diskussion über linksextremistische Gewalt Anfang 2020 auf „de.indymedia“ veröffentlicht worden ist. Auslöser waren die Zusammenstöße von Autonomen und Polizei in der Nacht zum 1. Januar 2020 in Leipzig-Connewitz:

„Die direkte Konfrontation mit den Bullenschweinen an diesem Tag war vorprogrammiert, und gezielt von uns gewollt. Wir wollen weiterhin die Konfliktlinien gegenüber dem Staat schärfen und suchen die Eskalation. (...) Wir stellen klar, dass alleine die Präsenz der Bullen – durch das was sie sind, das was sie tun, das was sie schützen – unseren Hass schürt! (...) Warum sollen wir uns selbst entwaffnen und uns lediglich in den legalen Bahnen des Protests bewegen? (...) Wir wählen den Weg der Verteidigung, den Weg des Widerstands (...), den Weg des Angriffs, um uns im sozialen Krieg zu behaupten. (...)

Für den Krawall, für einen militanten Widerstand. Am Tag (((i)))⁴⁷ den Staat angreifen, Leipzig wird brennen.“

(Internetplattform „de.indymedia“, 10. Januar 2020)

Selbst dieses klare Bekenntnis zur Gewalt, verbunden mit dem Aufruf zu weiteren Straftaten, wurde nicht von der Plattform entfernt. Die Beiträge auf „de.indymedia“, die von den „Moderationskollektiven“ nicht unmittelbar entfernt werden, lassen in der inhaltlichen Gesamtschau eindeutig eine verfas-

sungsfeindliche Linie erkennen. Vor diesem Hintergrund stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz im Sommer 2020 „de.indymedia“ als Verdachtsfall ein. Das bedeutet, es liegen „hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung“ vor.

3.3 Gewaltorientierte Gruppierungen und Strukturen

Autonome

Wenn gewaltorientierter Linksextremismus in den Medien, der Politik und der Öffentlichkeit thematisiert wird, ist nicht selten von „Autonomen“ die Rede. Dies geschieht nicht ohne Grund, denn sie stellen im linksextremistischen Spektrum den größten Teil des gewaltorientierten Personenpotenzials; Gewaltanwendung gilt unter ihnen als legitimes Mittel, um politische Forderungen durchzusetzen.

Ihre Wurzeln haben „die“ Autonomen in der ideologisch undogmatischen „Sponti-Szene“ der 1970er Jahre. „Spontis“ waren zunächst im Hausbesetzer-Milieu aktiv und verteidigten die „eroberten“ Immobilien im Kampf gegen Eigentümer und Staat. Seit Beginn der 1980er Jahre kann von einer autonomen Szene als eigenständiger Subkultur gesprochen werden.

Kennzeichnend für Autonome ist eine individualistische Grundhaltung, die jede Art von verbindlicher Struktur und Organisation ablehnt. Sie sind zumeist kaum oder nur sehr lose in vielen kleinen Gruppierungen organisiert. Ein einheitliches ideologisches Konzept verfolgen Autonome nicht, vielmehr greifen sie auf verschiedene Versatzstücke anarchistischer, kommunistischer und sozialrevolutionärer Ideologien zurück. Sie sind weitgehend theoriefeindlich, organisationskritisch und militant.



Resistance Pforzheim.

Autonome lehnen den Staat, seine Regierungsform, den Parlamentarismus, und seine Institutionen ab. Ihr Ziel ist es, sie zu zerschlagen. Das Überschreiten der Schwelle zur Strafbarkeit betrachten sie als Ausdruck besonders konsequenten Handelns.

Autonome versuchen durch beeinflussende Agitation auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu instrumentalisieren. Bei der Wahl des jeweiligen Aktionsfeldes richten sie sich nach der aktuellen politischen Agenda, wenngleich der „Antifaschismus“ eigentlich durchgängig das primäre Aktionsfeld der Autonomen ist.

Autonome Antifaschisten suchen dabei immer wieder die gewaltsame Auseinandersetzung mit ihren Feinden. Gewalt richtet sich ebenso gegen Rechtsextremisten wie gegen Polizeikräfte, die zur Absicherung von Demonstrationen und damit zum Schutz der Versammlungsfreiheit eingesetzt sind. Außerdem verüben Autonome Gewalttaten gegen Einrichtungen, die sie als Symbole des parlamentarischen Systems, des Rechtsstaats oder des „Kapitalismus“ begreifen wie Parteigeschäftsstellen, Polizeidienststellen und Maklerbüros.

„Schwarzer Block“



„Schwarzer Block“ 2017 in Hamburg.

© Wikimedia Commons

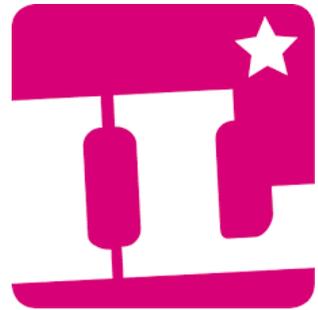
Um aus der Anonymität heraus Straftaten begehen zu können und die Strafverfolgung zu erschweren, kleiden sich Autonome zumeist einheitlich schwarz und verbergen ihre Gesichter hinter Kapuzen, Sonnenbrillen und Tüchern. Zugleich schließen sie sich bei Demonstrationen zum sogenannten Schwarzen Block zusammen, was Geschlossenheit und Stärke zum Ausdruck bringen soll. Je nach Situation kommt es aus dem „Schwarzen Block“ oder sich spontan von ihm lösenden Kleingruppen heraus zu Gewalttaten.

Trotz der Gewaltbereitschaft werden Autonome als Teilnehmer bei vielen Veranstaltungen organisierter Linksextremisten akzeptiert. Ausschreitungen werden in Kauf genommen. Das Muster ist fast immer dasselbe: Nach den Ausschreitungen versuchen organisierte Linksextremisten, der Polizei die Schuld für die Eskalation zuzuschreiben.

„Postautonome“ – „Interventionistische Linke“ (IL)

Die sogenannten Postautonomen versuchen, ein Scharnier zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Kräften zu bilden. Die Vorsilbe „Post“ steht synonym für das Infragestellen einiger grundlegender Merkmale der „klassischen“ Autonomen-Szene, aber nicht für einen vollständigen Bruch mit dem gewaltorientierten autonomen Politikansatz. Um zwischen linksextremistischen und demokratischen Akteuren zu vermitteln, berufen sich die „Postautonomen“ auf das Prinzip des „zivilen Ungehorsams“. Vordergründig beteiligen sie sich zwar nicht an gewalttätigen Ausschreitungen, allerdings distanzieren sie sich auch nicht eindeutig von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Mitgliederstärkste postautonome Gruppierung ist die „Interventionistische Linke“ (IL).

Die IL hat sich 2005 als bundesweites Netzwerk mit dem Ziel einer verbindlichen „Organisierung“ autonomer Gruppierungen und Aktivisten gegründet. Inzwischen ist sie eine bundesweite Organisation, hat etwa 1.000 Mitglieder und mehr als 30 Ortsgruppen in ganz Deutschland. Die meisten von ihnen tragen die Bezeichnung IL auch im Namen. Einzelne Ortsgruppen sind international vernetzt, vor allem mit Linksextremisten aus den Nachbarländern. Außerdem gibt es mit der „IL Graz“ auch eine Ortsgruppe in Österreich.



Ziel der IL ist es, den „Kapitalismus“ durch einen revolutionären Umsturz zu überwinden. „Wir wollen eine radikale Linke, die auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert“, schreibt die IL auf ihrer Homepage (Stand: 09.10.2020).

Die IL strebt in Bündnissen und Initiativen danach, linksextremistische Akteure unterschiedlicher ideologischer Prägung für verschiedene Aktionen zusammenzubringen. Dadurch will sie die Handlungsfähigkeit von Linksextremisten sowohl in Deutschland als auch in internationalen Kampagnen und Netzwerken erhöhen. Diese strategischen Bündnisstrukturen spielen nicht zuletzt für die Überwindung der Organisationsdefizite, aber auch für die Kampagnenfähigkeit des

Linksextremismus eine entscheidende Rolle. So hat sich die IL beispielsweise zusammen mit dem von ihr beeinflussten Bündnis „Ende Gelände“ an den Protesten in Nordrhein-Westfalen gegen den Braunkohleabbau beteiligt. Auch bei der Organisation der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 spielte die IL eine führende Rolle. Dabei arbeitete sie auch mit gewaltbereiten Gruppen zusammen.

3.4 Nicht gewaltorientierte dogmatische und sonstige Linksextremisten

Das nicht gewaltorientierte Spektrum dogmatischer und sonstiger Linksextremisten repräsentiert mit rund 75 % den größten Anteil am bundesweiten linksextremistischen Personenpotenzial, in Rheinland-Pfalz sind es etwa 80 %.

Linksextremistische Parteien

Zum heterogenen Spektrum nicht gewaltorientierter dogmatischer Linksextremisten zählen die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD).

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Die DKP versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) und betont, stets eng mit der früheren „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) verbunden gewesen zu sein.

Das Ziel der bundesweit etwa 2.850 Mitglieder starken marxistisch-leninistischen DKP ist die Errichtung einer sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Gesellschaft. In diesem Sinne äußerte auf der 7. Tagung des Parteivorstands am 23. und 24. März 2019 in Essen (Nordrhein-Westfalen) ein Vorstands-



mitglied der Partei, es sei notwendig, die „kapitalistische“ Gesellschaftsordnung revolutionär zu überwinden:

„Klassenbewusstsein der Klasse (...) umfasst die Einsicht, dass die ökonomische, politische und geistig-moralische Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Erringung der politischen Macht und die Überwindung des Kapitalismus möglich ist. (...) Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur auf dem Weg der revolutionären Umwälzung erfolgen.“

(Homepage „unsere zeit“, 29. März 2019)

Die DKP engagiert sich hauptsächlich auf den Aktionsfeldern Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus. Die Wahlergebnisse der Partei sind regelmäßig marginal. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 erhielt sie bundesweit 20.396 Stimmen (0,1 %). Bei der Europawahl 2014 kam sie auf 25.147 Stimmen (0,1 %).

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) ist mit geschätzt 2.800 Mitgliedern nach der DKP die zweitgrößte linksextremistische Partei in Deutschland. Sie ist streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtet und strebt eine Gesellschaft des „echten Sozialismus“ als Vorstufe einer „klassenlosen“, kommunistischen Gesellschaft an.



Wie die DKP schneidet die MLPD bei Wahlen regelmäßig schlecht ab; bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 erhielt sie bundesweit 18.342 Stimmen, was 0,0 % waren (2014: 18.198 Stimmen; 0,1 %).

Die MLPD zeigt in jüngerer Zeit großes Engagement in der Klimaprotestbewegung, indem zum Beispiel Parteimitglieder an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen. Die Partei und insbesondere ihr Jugendverband „REBELL“ teilten mit, man habe sich bei Protestkundgebungen „vielerorts aktiv und richtungsweisend“ mit „ihrem Know-how“ für die Belange der Jugendlichen und der Klimapolitik eingesetzt. Der ehemalige MLPD-Vorsitzende Stefan Engel sieht das Engagement seiner Partei in der Klimaprotestbewegung als notwendigen Schritt an, den Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten:

„Die gegenwärtige Umweltkrise ist ein Produkt der monopolisierten Großindustrie und der heute verbreiteten kapitalistischen Lebensweise, die der Menschheit aufgezungen wird. Das kann erst beseitigt werden, wenn wir eine neue, eine sozialistische Gesellschaft haben (...).“

(„Rote Fahne – Magazin der MLPD“ Nr. 24/2019 vom 22. November 2019, S. 17)

Parteiahe linksextremistische Organisationen

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

SDAJ  Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) hat sich wie die DKP 1968 gegründet und ihren Sitz in Essen (Nordrhein-Westfalen). Sie ist formal unabhängig, betrachtet sich aber als Nachwuchsorganisation der DKP. Ziel der SDAJ ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Zu ihrer Verortung im Marxismus-Leninismus erklärt sie:

„Außerdem gehen wir mit Lenin davon aus, dass die revolutionäre Bewegung eine revolutionäre Organisation braucht, die (...) alle gesellschaftlichen Konflikte konsequent auf die Klassen- und letztlich die Systemfrage zuspitzt. Damit unterscheidet sich der Marxismus-Leninismus von anderen Weltanschauungen auch durch sein Verhältnis zur Praxis.“

(Homepage SDAJ, 12. November 2019)

Die SDAJ betrachtet Bündnispolitik als eine Voraussetzung für den revolutionären Kampf. Bei der Wahl ihrer Bündnispartner schließt sie gewaltbereite Linksextremisten nicht aus.



Homepage der SDAJ.

© Mdl/Screenshot

Die Akteure bemühen sich durch nachhaltige Agitation in Theorie und Praxis, zum Beispiel bei Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktions- sowie Blockadetrainings, darum, ihre Ansichten zu bewerben und die „revolutionären

Kräfte“ in Deutschland zu stärken. Zuletzt versuchte die SDAJ verstärkt, Einfluss auf die Klimaprotestbewegung zu nehmen.

„REBELL“

Der Jugendverband „REBELL“ wurde im Jahr 1992 als Jugendorganisation der MLPD gegründet. Die Gruppierung mit bundesweit rund 150 Mitgliedern ist ebenso wie die Partei selbst streng maoistisch-stalinistisch aus-



gerichtet. Eigenen Angaben zufolge sind die Mitglieder in 65 Ortsgruppen organisiert. „REBELL“ unterstützt die MLPD bei Klimaprotesten und nutzt diese auch als Möglichkeit, mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und sie anzuwerben. Mitglieder versuchte „REBELL“ auch vor Schulen zu werben.

Sonstige Organisationen

„Rote Hilfe e.V.“



Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) ist mit rund 10.500 Mitgliedern und bundesweit etwa 50 Ortsgruppen eine der größten und wichtigsten Gruppierungen im deutschen Linksextremismus, wobei sie allein über 2.000 Mitglieder in den vergangenen drei Jahren hinzugewonnen hat. Sie sorgt für eine bundesweite Vernetzung und sichert innerhalb der Szene den Zusammenhalt der unterschiedlichen Strömungen. Die RH definiert sich laut ihrer Satzung als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Ihr primäres Betätigungsfeld ist die Unterstützung von linksextremistischen Straftätern sowohl während des Strafverfahrens als auch während der Haftzeit. Sie bietet politischen und sozialen Rückhalt und leistet juristische sowie finanzielle Unterstützung, beispielsweise bei anfallenden Anwalts- und Prozesskosten sowie bei Geldstrafen und Geldbußen.

Ihre Agitation zielt darauf ab, die Legitimität des demokratischen Verfassungsstaates infrage zu stellen. Die RH billigt Straf- und Gewalttaten und lässt bei der Auswahl und Begründung der Unterstützungsfälle erkennen, dass sie die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht nur befürwortet, sondern auch unterstützt:

„Wir stellen uns gegen die Einschränkung linker Politik durch staatliche Institutionen. (...) Wir sind solidarisch mit den von Handlungen betroffenen Organisationen und Personen, unabhängig von ihren politischen Einstellungen und angewandten Aktionsformen.“

(Homepage „Solidarität verbindet“, 18. Dezember 2019)

Daneben versucht die RH, durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit den vermeintlich „repressiven Charakter“ des demokratischen Rechtsstaates hervorzuheben. So hieß es zur Entlassung eines Beschuldigten aus der Untersuchungshaft, die wegen des dringenden Verdachts der Beteiligung an den Elbchaussee-Ausschreitungen beim G20-Gipfel 2017 angeordnet worden war:

„Bei der Verfolgung der G20-Proteste werden die verbliebenen Reste rechtsstaatlicher Vorstellungen massenhaft über Bord geworfen, und es ist kein Wunder, dass nun das Kollektivschuldprinzip offenbar in diesem Rahmen als neue Grundlage eines politischen Feindstrafrechts in der Rechtsprechung verankert wird.“

(Homepage RH, 20. Dezember 2019)

4. Das linksextremistische Spektrum in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Linksextremisten in Deutschland variiert je nach Region. Es gibt bestimmte Schwerpunkte. In welchen Gegenden sich diese befinden, bestimmt nicht der Zufall. Während auf der individuellen Ebene Persönlichkeitsmerkmale und das soziale Umfeld eines Menschen zu dessen Radikalisierung beitragen können, hängt die Stärke der linksextremistischen Szene in einer bestimmten Region mitunter von den verfügbaren Zugängen zur Szene, dem regionalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext sowie dem Vorhandensein politischer Feindbilder als begünstigenden Faktoren ab.²³

So kann das Vorhandensein linksextremistischer Angebote im lokalen Umfeld ein Grund dafür sein, warum Linksextremismus allgemein ein stärker städtisches denn ländliches Phänomen ist. Vor allem Autonome sind in ländlichen Regionen kaum präsent und – bis auf wenige Ausnahmen – ein „Großstadt-Phänomen“²⁴, wobei Berlin, Hamburg und Leipzig Hochburgen der Szene darstellen. Insgesamt lässt sich von einem „Stadt-Land-Gefälle“²⁵ sprechen.

Zudem hat der Linksextremismus hinsichtlich der Aktionsfelder unterschiedliche Schwerpunkte. In Berlin zum Beispiel ist das Hauptthema der linksextremistischen Szene die Gentrifizierung, die in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder dem Saarland die Menschen eher weniger beschäftigt. Dort bildet vor allem der „Antifaschismus“ den Schwerpunkt.²⁶

In Rheinland-Pfalz, einem eher ländlich geprägten Bundesland, gibt es weniger linksextremistische Angebote als in vielen anderen Bundesländern. Die Zahl der Linksextremisten insgesamt und der gewaltorientierten Autonomen ist hier geringer, Aktionsfelder wie „Antigentrifizierung“ spielen eine untergeordnete Rolle.

23 Vgl. Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (Hrsg.): Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein, 2019, S. 35.

24 Ebd., S. 35.

25 Sundermeyer, Olaf: „Es gibt keine gute Gewalt in der Demokratie“. Im Gespräch mit Miriam Vogel, bpb.magazin, 16.11.2017, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/259685/es-gibt-keine-gute-gewalt-in-der-demokratie>, abgerufen am: 09.07.2020.

26 Vgl. ebd.

Außer dem zahlenmäßigen Verhältnis von Stadt und Land beeinflusst Studien zufolge auch die politische Kultur²⁷ in einer Region die Entwicklung des dortigen linksextremistischen Personenpotenzials. Regionen mit einer aktiven Zivilgesellschaft, in denen es normenkonforme Akteure und eine offene, liberale und beteiligungsorientierte politische Kultur gibt, wird zum Beispiel eine präventive Wirkung zugesprochen. Demgegenüber ist das Risiko einer Radikalisierung in strukturschwachen Regionen deutlich höher. Ein Risiko stellen hier das Fehlen politisch geteilter positiver Werte, eine wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und unsichere Zukunftsaussichten dar.²⁸

Rheinland-Pfalz hat eine aktive Zivilgesellschaft. Verschiedene Studien bescheinigten dem Bundesland in den vergangenen 20 Jahren eine hohe Engagement-Quote²⁹.

Schlussendlich wird die Stärke der linksextremistischen Szene in einem Land oder einer Region durch das Vorhandensein politischer Feindbilder vor Ort beeinflusst. „Es gibt einen offenkundigen Zusammenhang zwischen dem Erfolg von Rechtsextremisten oder Rechtspopulisten und einer gewalttätigen Reaktion von Linksaußen“, so der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse. Das rechtsextremistische Spektrum in Rheinland-Pfalz ist ungeachtet aller von ihm ausgehenden, ernstzunehmenden Gefahren im Ländervergleich weniger stark ausgeprägt, wie eine Reihe von Indikatoren zeigt. Als Katalysator für einen sich kontinuierlich verstärkenden Linksextremismus taugt es nur bedingt.

27 Unter der „politischen Kultur“ versteht man allgemein das Verteilungsmuster aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System als der Summe aller Institutionen. Zur politischen Orientierung zählen Meinungen, Einstellungen und Werte. Zur „politischen Kultur“ zählen auch Felder, die zunächst unpolitisch scheinen wie Einstellungen zu Arbeit und Freizeit, religiöse Vorstellungen, Erziehungsstile und -ziele. Der Begriff wird in der Wissenschaft wertfrei verwendet, während der allgemeine Sprachgebrauch „politische Kultur“ häufig als Synonym für einen „guten“ politischen Stil nimmt (vgl. Greiffenhagen, Martin/Sylvia Greiffenhagen, Sylvia Politische Kultur, in: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 7., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2013, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202093/politische-kultur>, abgerufen am: 9. Juli 2020.

28 Vgl. Landespräventionsrat Schleswig-Holstein 2019, S. 36.

29 Siehe z. B. Vereine und Engagement in Rheinland-Pfalz, Ergebnisse aus dem ZiviZ-Survey 2017; Zivilgesellschaft, freiwilliges Engagement und soziales Kapital in Rheinland-Pfalz 1999 – 2004 – 2009.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die vorhandenen Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz bieten bislang keinen günstigen Nährboden für Linksextremisten. Gleichwohl gilt ihnen weiterhin die uneingeschränkte Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes.

4.1 Linksextremistische Gruppierungen und Organisationen³⁰

Ob die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz eine Gruppierung, Organisation oder den Landesverband einer Partei als linksextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einstuft, entscheidet sie in eigener Zuständigkeit auf der Grundlage des Landesverfassungsschutzgesetzes. Einer möglichen Einstufung geht regelmäßig eine intensive Prüfung anhand ausschließlich offen zugänglicher Informationen voraus. Die Beobachtung darf nur dann aufgenommen werden, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht“ einer solchen Bestrebung vorliegen (vgl. § 5 LVerfSchG). Gruppierungen, bei denen die Voraussetzungen für eine Beobachtung vorliegen, sind auf im Folgenden aufgeführt:

4.1.1 Gewaltorientierter Linksextremismus

Das gewaltorientierte linksextremistische Spektrum besteht in Rheinland-Pfalz nahezu durchweg aus Angehörigen der Autonomen-Szene. Ein Teil von ihnen gehört sogenannten Antifa-Gruppen an. Hierzu zählen der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ und die „Antifa Koblenz“.

„Antifaschistischer Aufbau Mainz“

Die Gruppierung „Antifaschistischer Aufbau Mainz“ schreibt auf ihrer Internetseite über sich selbst: *„Der ‚Antifaschistische Aufbau Mainz‘ ist eine politische, aber vor allem soziale Gruppe, die den Anspruch hat gesellschaftliche Zustän-*

³⁰ Die Beschreibung einiger Gruppierungen und Organisationen ist teilweise dem Verfassungsschutzbericht 2019 des Bundes entnommen.

de maßgeblich zu verändern, um dem Ziel eines freien, selbstbestimmten Lebens für jede*n näher zu kommen.“³¹

Darüber hinaus äußert die Gruppierung in dem Selbstporträt: „Wir müssen uns [...] mit dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen auseinander setzen. Die allermeisten Ungerechtigkeiten auf der Welt haben Verursacher, haben Strukturen und Institutionen, die dafür verantwortlich sind. Diesen müssen wir auf die Füße schauen – und notfalls drauftreten!“³² Indirekt wird mit solchen Bekräftigungen die revolutionäre Überwindung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems gefordert.³³



Der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ lädt regelmäßig zu „Offenen Antifaschistischen Treffen“ ein, in denen sich Leute zusammentun können, die „unzufrieden“ mit den „bestehenden Verhältnissen“ sind.³⁴ Die Einladung richtet sich vor allem an junge Menschen, denen einzelne politische und ökonomische Reformen nicht reichen und die einen grundlegenden Wandel herbeiführen wollen: „Staat, Nation und Kapital werden immer dafür sorgen, dass Menschen leiden müssen, dass Menschen nicht in Freiheit, Frieden und Glück leben können!“, schreibt die Gruppierung in einer Veranstaltungseinladung. Ihr zufolge sind „Staat, Nation und Kapital“ die Wurzeln allen Übels, weil sie die Menschen unterdrücken. Diesen Zustand müsse man „brechen“.



Facebook-Seite der „Antifa Mainz“

31 <https://antifa-mainz.org/ueber-uns>, abgerufen am: 23.07.2020.

32 Ebd.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. <https://antifa-mainz.org/event/oatoffenes-antifaschistisches-treffen-mainz/2020-07-23>, abgerufen am: 23.07.2020.

„Antifa Koblenz“



„Antifa Koblenz“ wirbt in Facebook für ein „Solishirt“.

„anarchistisch“ und „antifaschistisch“. Dem Faschismus oder dem, was die „Antifa Koblenz“ dafür hält, will sie nach eigener Auskunft mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Unter „<https://antirepressionkoblenz.noblogs.org/>“ hat die „Antifa Koblenz“ online eine „Antirepressionsplattform Koblenz“ initiiert, die „ein Informationspunkt für politische Aktivist*Innen und von Repression betroffenen Menschen im Großraum Koblenz (und darüber hinaus)“ sein soll, „die der Repression die während oder nach Aktionen auftreten kann etwas praktisches entgegensetzen wollen“ (sic!).

Eine Outing-Aktion der „Antifa Koblenz“, die zuletzt für Aufsehen sorgte, richtete sich gegen die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) und deren Wirken

Die „Antifa Koblenz“ schreibt auf ihrer Homepage, dass bei ihr seit 2002 verschiedene Menschen „zu Themen wie Neonazis und (Alltags-)Rassismus“ zusammenarbeiteten. Da man sich vor „Neonazis“ schützen wolle, arbeite man jedoch „anonym“. Weiterhin ruft die Gruppe dazu auf, ihr „Naziaktivitäten und Naziübergriffe“ zu melden und sie zu kontaktieren, wenn man mit ihr zusammenarbeiten wolle, oder wenn man „Infos über Nazis“ brauche. Schließlich ist dort zu lesen: *„Wenn ihr selbst aktiv werden und eine Gruppe gründen wollt, dann unterstützen wir euch gerne dabei.“*

Auf Instagram, wo die „Antifa Koblenz“ ebenso vertreten ist wie in Facebook und auf Twitter, beschreibt sie sich als „feministisch“,

im Raum Koblenz. So trug die „Antifa Koblenz“ im März 2020 auf Indymedia.org unter dem Titel „Nazis aus der Deckung holen – Identitäre Bewegung Koblenz outen!“ ausführlich Informationen über eine Koblenzer Telegram-Chatgruppe zusammen, in der sich neben IBD-Aktivisten auch andere Rechtsextremisten ausgetauscht haben sollen.

4.1.2 Dogmatische Linksextremisten und sonstige Gruppierungen

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Wie in den anderen Bundesländern ist die Partei mit einem Bezirksverband in Rheinland-Pfalz präsent, dessen Mitgliederzahl sich im mittleren zweistelligen Bereich bewegt. Laut der Internetseite der DKP Rheinland-Pfalz existieren sechs Ortsgruppen. Sie befinden sich in Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Landau in der Pfalz, Mainz, Trier und Worms. Auf kommunaler Ebene hat die DKP in Rheinland-Pfalz ein Mandat. Im Stadtrat von Idar-Oberstein gehört eine DKP-Aktivistin der Fraktion „Die Linke“ an. Die DKP-Ortsgruppe in Bad Kreuznach gibt alle paar Monate eine eigene Zeitung namens „der funke“ heraus.

Bei den jüngsten Wahlen in Rheinland-Pfalz spielte die DKP keine Rolle. Bei der Europawahl 2019 holte sie landesweit 479 Stimmen (2014: 662), was 0,0 % entsprach, also als Prozentangabe quasi zu vernachlässigen war. Bei der Bundestagswahl 2017 trat die DKP erst gar nicht mit einer eigenen Liste in Rheinland-Pfalz an.

Öffentliche Aktivitäten entwickelte die DKP in jüngerer Zeit insbesondere im Kontext mit dem Themenfeld Antimilitarismus.

In Rheinland-Pfalz hat auch die DKP nahe Jugendorganisation SDAJ einen Landesverband, der nach eigenen Angaben zurzeit vier Ortsgruppen im Kreis Birkenfeld, in Landau, in Mainz und in Trier umfasst.



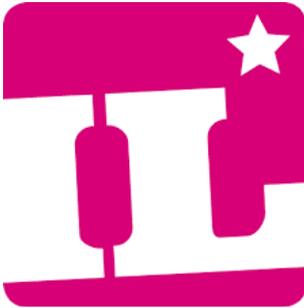
Mobilisierung durch die DKP in Facebook.

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und „REBELL“

Bis auf Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen umfassen die sieben Landesverbände der MLPD jeweils mehrere Bundesländer. Rheinland-Pfalz gehört zum Landesverband Rheinland-Pfalz, dessen Geschäftsstelle sich in Frankfurt am Main befindet.

In Rheinland-Pfalz ist die MLPD einzig in Ludwigshafen am Rhein mit einzelnen Mitgliedern vertreten. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die Partei im Bundesland 842 Zweitstimmen, was einem Anteil von weniger als 0,1 % der Stimmen entsprach.

„Interventionistische Linke“



Eine Ortsgruppe der „Interventionistischen Linken“ in Rheinland-Pfalz gibt es nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz zurzeit nicht. Gleichwohl sind Mitglieder von IL-Ortsgruppen aus anderen Bundesländern immer wieder auch in Rheinland-Pfalz aktiv gewesen, zum Beispiel bei Demonstrationen. So schreibt die 2003 gegründete IL Rhein-Neckar auf ihrer Homepage, sie sei neben Mannheim vor allem in Worms aktiv.

„Rote Hilfe e.V.“

In Rheinland-Pfalz hat die „Rote Hilfe e.V.“ etwa 100 Mitglieder. Eine Ortsgruppe gibt es noch in Mainz.³⁵ Sie hat mit der Ortsgruppe Wiesbaden eine gemeinsame Internetseite.

³⁵ Die Ortsgruppe der RH in Koblenz löste sich im Mai 2018 auf. Vor 2019 stand die RH letztmals 1999 im rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzbericht. Damals wurde ihr Mitgliederbestand auf ca. 50 Personen geschätzt.

4.2 Aktionsfelder rheinland-pfälzischer Linksextremisten

Das wichtigste Aktionsfeld rheinland-pfälzischer Linksextremisten ist seit mehreren Jahren der „Antifaschismus“. Wie in Kapitel 3 dargestellt, richtet sich dieser nicht nur gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten beziehungsweise -populisten, sondern gegen die staatliche Ordnung insgesamt.



„Antifa“-Flyer: Die AfD ist einer der Hauptgegner von Linksextremisten.

Ziel von Protestaktionen, für die regelmäßig in den Sozialen Medien mobilisiert wird, sind insbesondere öffentliche Veranstaltungen des Landesverbandes der AfD. Diese reichen von der Verteilung von Flugblättern über Sachbeschädigungen bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen. Linksextremisten beteiligen sich vor allem an Protesten gegen Parteitage und Wahlkampfveranstaltungen der AfD. Außerdem übten sie in den zurückliegenden Jahren durch gezielte Agitation Druck auf Gastronomiebetriebe aus, um die Vermietung von Räumen an die Partei zu verhindern.

Bemerkenswert ist, dass Linksextremisten in ihrem (antifaschistischen) Feindbilddenken keinen Unterschied zwischen Rechtspopulisten, Rechtsradikalen und Rechtsextremisten machen, und es offensichtlich auch nicht wollen. So schrieb der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ auf seiner Internetseite:

„Die AfD bleibt eine zutiefst menschenverachtende Partei mit rassistischem und rechtsradikalem Programm. Sie besteht aus Faschist*innen, die sich zum Ziel gesetzt haben, ein „migrantenfreies“ Deutschland herzustellen. Mit welchen Methoden das geschehen soll können wir sehr gut in den Geschichtsbüchern nachlesen. Ähnliche Verschwörungsideologien und Bedrohungsbilder waren schon 1933-1945 fester Teil der Nazi-Propaganda gegen Juden und andere Minderheiten, was im zweiten Weltkrieg und dem Holocaust resultierte. Es wurde propagiert, dass die Juden die Selbstauflösung Deutschlands vorantreiben würden. Mit dieser Propaganda wurde der Holocaust und alle anderen Gräueltaten an Minderheiten gerechtfertigt.“ (sic!)

Zu erkennen ist in Rheinland-Pfalz wie im übrigen Bundesgebiet, dass die Quantität wie die Qualität linksextremistischer Aktionen, Demonstrationen und Straftaten mit Entwicklungen in der rechtsextremen Szene korrespondiert. Ein jüngeres Beispiel sind die Proteste eines diffusen Spektrums aus sogenannten Wut-Bürgern, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in der Südpfalz, die die Tötung einer 15 Jahre alten Schülerin durch ihren afghanischen Ex-Freund in Kandel Ende 2017 instrumentalisierten und sich zu einer asyl- und islamkritischen bis -feindlichen Szene zusammenschlossen. Insbesondere 2018 nahmen an Gegenprotesten des bürgerlichen Spektrums wiederholt Linksextremisten teil und begingen eine Reihe von Straftaten.³⁶

Das zweitwichtigste Aktionsfeld von Linksextremisten in Rheinland-Pfalz ist **„Antirepression“**. Neben dem „Antifaschismus“ widmet sich die Szene in Rheinland-Pfalz diesem Thema ebenso intensiv. Der Konfrontation mit der Polizei gilt hierbei ein Hauptaugenmerk. Immer wieder begehen Linksextremisten beispielsweise Straftaten gegen Polizeikräfte vor, während und nach Demonstrationen. So leisteten Linksextremisten während der Proteste gegen die Demonstrationen in Kandel wiederholt Widerstand gegen Polizeibeamtinnen und -beamte.

Ein weiteres Aktionsfeld auch rheinland-pfälzischer Linksextremisten ist die **„Kurdistanolidarität“**. Diese gilt in erster Linie kurdischen Autonomiebestrebungen sowie der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)³⁷ und ihren Ablegern. Nachdem Anfang Oktober 2019 das türkische Militär in Nordsyrien einmarschiert war, um dort gegen die PKK vorzugehen, kam es in vielen rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden zu spontanen Solidaritätsaktionen, an denen sich Linksextremisten beteiligten. Unter anderem gab es am 10. Oktober 2019 in Trier eine Demonstration mit etwa 450 Teilnehmern, bei der neben kurdischen Fahnen auch Symbole aus dem linksextremistischen Spektrum zu sehen waren. Auch der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ rief mehrmals zu Solidaritätsdemonstrationen auf.

36 2018 wurden allein bei Protesten in Kandel 85 politisch links motivierte Straftaten gezählt, das entspricht ungefähr 45 % der insgesamt in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz festgestellten politisch links motivierten Delikte.

37 Seit 2002 ist die PKK von der Europäischen Union als terroristische Organisation gelistet.

Wie Rechtsextremisten versuchen Linksextremisten ihre Ideen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. So schlossen sich rheinland-pfälzische Linksextremisten 2019 und 2020 den **Umwelt- und Klimaprotesten** an; ihr Tun war allerdings erfolglos. Auf mehreren Veranstaltungen von Klimaschützern in Rheinland-Pfalz ließen sich Symbole und Fahnen ausmachen, die sowohl von linksextremistischen „Antifaschisten“ als auch von gewaltorientierten autonomen Gruppierungen benutzt werden.



Systemwechsel statt Klimawandel.

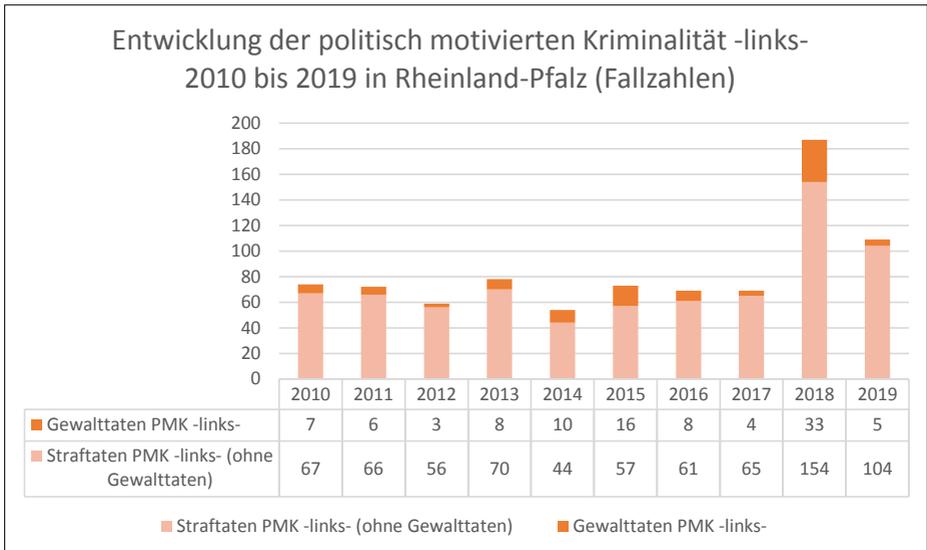
Eine eher untergeordnete Bedeutung für Linksextremisten in Rheinland-Pfalz haben die Aktionsfelder „**Antiglobalisierung**“ und „**Antigentrifizierung**“.

4.3 Linksextremistische Straf- und Gewalttaten in Rheinland-Pfalz

Die politisch links motivierte Kriminalität (PMK -links-) in Rheinland-Pfalz und die darin enthaltenen links motivierten Gewalttaten sind – auch gemessen an der Einwohnerzahl – im Vergleich zu anderen Bundesländern gering, wo die Zahlen zum Teil das doppelte und mehr betragen.³⁸ Außerdem sind die Gewalttaten von 2015 bis 2019 in der Gesamtschau weniger geworden. Einen Ausreißer in dieser Entwicklung markierte das Jahr 2018, als die Zahl der Gewaltdelikte aufgrund des Demonstrationsgeschehens in Kandel deutlich gestiegen ist. Für 2020 zeichnete sich angesichts der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und entsprechender Gegenveranstaltungen sowie des von Rechtsextremisten

38 Was die politisch motivierte Kriminalität -links- bezogen auf das gesamte Bundesgebiet betrifft, ergibt sich ein differenziertes Bild: Zugenommen hat laut Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt in jüngster Zeit die Zahl der **linksextremistisch motivierten Straftaten**. 2018 wurden 4.622 solcher Delikte registriert, 2019 waren es 6.449. Das entspricht einem Anstieg um rund 40 %. 2017 lag die Zahl bei 6.393. Vor allem Sachbeschädigungen und Brandstiftungen haben zugenommen. In zwei Fällen kam es 2019 auch zu versuchten Tötungsdelikten. Die Zahl der **extremistischen Gewalttaten** ist im Bereich der politisch motivierten Kriminalität -links- indes von 1.010 im Jahr 2018 auf 921 im Jahr 2019 zurückgegangen, also um 8,8 %. 2017 lag der Wert aufgrund der Proteste am Rande des G20-Gipfels bei 1.648, 2016 betrug die Zahl 1.201.

organisierten „Tages der deutschen Zukunft“ im Juni 2020 in Worms abermals eine deutliche Zunahme der PMK -links- ab. Die Entwicklung von 2010 bis 2019 in Rheinland-Pfalz zeigt folgendes Diagramm:



Zum Vergleich: Die Fallzahl der politisch motivierten Kriminalität -rechts- lag 2019 in Rheinland-Pfalz bei 640, die der darin enthaltenen Gewalttaten bei 35. Wurde 2019 im Rahmen der politisch motivierten Kriminalität -links- eine Körperverletzung registriert, so waren es auf der „rechten“ Seite 34.

Auch ist Rheinland-Pfalz im Ländervergleich kein Schwerpunkt gewaltorientierter Linksextremisten. Deren Zahl ist mit etwa 100 Personen seit mehreren Jahren unverändert. Die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen gewaltorientierten Szene bewegt sich in Rheinland-Pfalz auf einem eher niedrigen Niveau. In der Praxis sind vor allem Blockaden und Störaktionen häufig genutzte Aktionsformen, an denen sich zu bestimmten Anlässen Szenangehörige aus angrenzenden Bundesländern beteiligten.

4.4 Künftige Entwicklung des Linksextremismus in Rheinland-Pfalz

Wie sich der Linksextremismus in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren entwickeln wird, hängt von mehreren Faktoren ab. Erweisen sich die im vierten Kapitel skizzierten Bedingungen, die einem Erstarken des Linksextremismus wirksam entgegenstehen, als stabil, wird kaum mit einem signifikanten Erstarken des Linksextremismus im Land zu rechnen sein.

Ausnahmen waren bisher die Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar, in denen es immer wieder zu gegenseitigen Unterstützungsaktionen von Linksextremisten der jeweils benachbarten Bundesländer (Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg) kam. Allerdings sind, was die betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz anbelangt, dort die Voraussetzungen für das Entstehen gewalttätiger Szenen wie in Berlin, Hamburg oder Leipzig nicht gegeben.

Das Agieren von Linksextremisten in Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern wird maßgeblich davon abhängen, wie sich die rechtsextremistische Szene sowie das islam- und asylfeindliche Protestmilieu hierzulande entwickeln werden. Dabei werden sich die gewaltorientierten rheinland-pfälzischen Linksextremisten voraussichtlich weiterhin zu verschiedenen Anlässen auf Aktionen und Kampagnen gegen erkannte und vermeintliche Rechtsextremisten konzentrieren.

Schließlich werden Linksextremisten auch in Zukunft Anschluss an Bündnisse gegen Rechtsextremismus aus dem bürgerlichen Spektrum suchen und entsprechende Demonstrationen für ihren „Kampf“ gegen den politischen Gegner und das „System“ nutzen.

Anhang

Linksextremistische Symbolik

Die vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Gruppierungen bedienen sich einer ganzen Reihe bekannter Symbole und Logos. Sie sind oft ein erster Hinweis auf die politische und ideologische Ausrichtung. Im Folgenden sind die wichtigsten und bekanntesten Symbole derjenigen linksextremistischen Parteien und Gruppierungen zusammengestellt und kurz erläutert, die auch in Rheinland-Pfalz vertreten sind.

„Antifaschistische“ Symbolik

Linksextremistische „Antifa“-Gruppen wie der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ und die „Autonome Antifa Koblenz“ verwenden als Logo die in der Szene verbreitete Darstellung zweier wehender Fahnen, die zusammen augenscheinlich eine größere Fahne ergeben. Das ursprüngliche Motiv für das Logo, zwei rote Fahnen, stammt aus einem Plakat des Bauhausschülers Max Gebhard und des Grafikers Max Keilson.



Die heute geläufigste Variante mit einer größeren roten und etwas kleineren schwarzen Fahne wurde in den 1970er Jahren von der Göttinger Gruppe „Kunst und Kampf“ um dem früheren „Antifa“-Aktivisten, Künstler und Autor Bernd Langer entworfen. Rot steht für Sozialismus, Schwarz für Anarchismus.

„Antifa“-Gruppen wandeln das Logo bisweilen nach ihren Bedürfnissen ab. Nicht zuletzt geben sie so ihren Gruppen ein eigenes Erkennungszeichen. Der „Antifaschistische Aufbau Mainz“ beispielsweise hat in der roten Hälfte seines Logos die Zahl 161 stehen. Die Ziffern stehen für Buchstaben im Alphabet. „161“ entspricht die Abkürzung „AFA“ für „Antifaschistische Aktion“. Im Logo der „Autonomen Antifa Koblenz“ dominiert in der Fahne ein sattes Rosa anstatt Rot.

Symbolik der Marxisten-Leninisten und sonstiger Gruppierungen

Im Logo der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) kommen Hammer und Sichel vor, das bekannteste und verbreitetste Symbol des Marxismus-Leninismus. Es entstand nach der russischen Oktoberrevolution 1917 und steht für die



Einheit der Arbeiter- (Hammer) und Bauernklasse (Sichel). Bis heute kommt es in Flaggen und Embleme vieler kommunistischer Parteien und Organisationen vor. Ebenfalls Hammer und Sichel

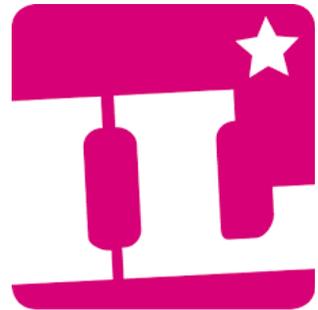
im Logo hat die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Hinzukommt in dem



Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

MLPD-Logo ein Buch, was bedeutet, das neben den Arbeitern und Bauern auch die Intelligenz ein wesentlicher Teil der Einheit zur Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft ist.

Die „Interventionistische Linke“ hat in ihrem Symbol einen fünfzackigen weißen Stern. Dieser ist an den gleichförmigen roten Stern angelehnt, der als Symbol für eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Weltanschauung steht und das zentrale Symbol des sowjetischen Kommunismus war. Nach einer weiteren Interpretation soll der Stern den Menschen metaphorisch den Weg in die klassenlose Gesellschaft leuchten. Manche deuten ihn auch als internationalistisches Symbol der Arbeiterbewegung, wobei die fünf Zacken für die fünf zivilisierten Kontinente stehen. Dabei ist zu bedenken, dass Afrika vor mehr als 100 Jahren, als das Stern-Symbol aufkam, für die internationalistisch ausgerichteten Arbeiter nicht als „zivilisiert“ galt, und die Antarktis bei dieser Zählweise ebenfalls nicht mitzählt.



Anarchistische Symbolik

Zu den häufig in der linksextremistischen Szene verwendeten Symbolen gehört das umkreiste schwarze „A“. Es steht allgemein für Anarchie, wird aber auch



von nicht primär politisch motivierten Jugendkulturen wie den Punks verwandt und steht in diesem Zusammenhang im weitesten Sinne für die Ablehnung der bestehenden Ordnung schlechthin. Es gibt daher auch die Deutung, das Symbol stehe für Alpha und Omega, also im griechischen Alphabet Anfang und Ende: Demnach kann der Neubeginn nur durch Zerschlagung des Bestehenden gelingen. Das umkreiste „A“ tauchte zuerst bei den Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg auf, die es wiederum aus ähnlichen Symbolen der Freimaurer entwickelt zu haben scheinen.

Sonstige Symbolik

Es gibt in der linksextremistischen Szene eine Reihe weiterer typischer Symbole und Kennzeichen. Geste und Symbol zugleich ist die geballte (Arbeiter-) Faust als Ausdruck von Kampfbereitschaft. Sie lässt sich mitunter auf kommunistischen Demonstrationen sowie im Rahmen von Parteitagen und sonstigen Massenversammlungen beobachten, wenn zudem „Die Internationale“, das Kampflied der sozialistischen Arbeiterbewegung, gesungen wird. Deutsche Kommunisten haben die Geste als Gegenstück zum erhobenen rechten Arm der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren eingeführt.



Dem KPD-Führer Ernst Thälmann wird verschiedentlich die Deutung zugeschrieben, „fünf Finger könne man brechen, eine Faust nicht“.



Verbreitet vor allem in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene ist der Schriftzug „A.C.A.B.“. Die diffamierende Abkürzung steht für „All Cops are Bastards“ (sinngemäß „Alle Bullen sind Schweine“) und wird insbesondere von autonomen Gruppierungen verwendet. Die Buchstabenkombination ist aber auch unter

Rechtsextremisten gebräuchlich.

A

„A.C.A.B.“	58
„Alternative für Deutschland“ (AfD)	26, 49
Anarchismus	15, 16, 56
Anarchokommunismus	15
Anarchosyndikalismus	15
Antifa	25, 27, 44ff., 49, 56
„Antifa Koblenz“	44, 46f., 56
Antifaschismus	25 ff., 34, 37, 42, 49 f.
„Antifaschistischer Aufbau Mainz“	44 f.
Antigentrifizierung	25, 28, 42, 51
Antiglobalisierung	25, 27, 51
Antikapitalismus	25, 37
Antirepression	25, 29, 50
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	50
Autonome	27, 28, 30, 33 f., 42

D

„de.indymedia“	31 ff.
Demokratischer Zentralismus	12
Demokratieprinzip	12, 18, 19
„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	36, 37
Diktatur des Proletariats	10 f., 13

F

Freiheitliche Demokratische Grundordnung	12, 18, 44
„Freiräume“	20, 28
Frühsozialismus	8

I

„Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)	46f.
„Interventionistische Linke“ (IL)Frühsozialismus	35, 48, 57

K

Kommunismus	4, 10, 13 f., 57
„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	22, 36, 58
„Kurdistan-solidarität“	50

L

Linksextremistische Bestrebung	33, 44
„linksunten.indymedia“	31

M

Maoismus	14
Marxismus	9, 10, 11
Marxismus-Leninismus	12-14, 38, 57
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	36,37, 48, 57

N

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	26
---	----

O

„Outing“-Aktionen	26, 30, 32, 46
-------------------	----------------

P

Politische Kultur	43
Politisch motivierte Kriminalität -links-	51f.
Postautonome	35
Produktionsmittel	10f.
Proletarier	11, 13

R

Rätedemokratie	13
„REBELL“	37 ff., 48
Rechtsstaatsprinzip	18
„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	19, 23
„Rote Hilfe e.V.“	39, 48

S

Schwarzer Block	34
Soziale Frage	10
Sozialismus	8-10, 12, 13, 23, 37, 56
„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	38, 47
„Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED)	36
„Sponti“	22, 33
Stalinismus	13 f., 37 f.

T

Trotzkismus	13, 22
-------------	--------

U

Utopischer Sozialismus	8
------------------------	---

Hinweis:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern und für Sport herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- oder Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschriften zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Innern und für Sport
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

Satz und Druck:

Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz



RheinlandPfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz

Telefon: 06131/16-3773
www.verfassungsschutz.rlp.de